

REPUBLIK ÖSTERREICH  
BUNDESMINISTERIUM  
FÜR SOZIALE VERWALTUNG

Zl. 10.160/9-4/86

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem  
das Richterdienstgesetz, das Gerichts-  
organisationsgesetz und die Reise-  
gebührenvorschrift 1955 geändert werden

1010 Wien, den 4. November 1986  
Stubenring 1  
Telefon 75 00 Telex 111145 oder 111780  
Auskunft  
Scheer  
Klappe 6249 Durchwahl

An  
das Bundeskanzleramt  
in

Betreff	GESETZENTWURF
Zl.	6P GE/986
Datum:	7. NOV. 1986
Verteilt	7. NOV. 1986
W i e n	

*Häusserbauer*

Das Bundesministerium für soziale Verwaltung nimmt mit Bezug auf die do. Note vom 23. September 1986, GZ. 921.105/12-II/A/1/86, zum Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Richterdienstgesetz, das Gerichtsorganisationsgesetz und die Reisegebührenvorschrift 1955 geändert werden, wie folgt Stellung:

Nach den Erläuterungen zu § 9 des Entwurfes wurde das Arbeitsgericht im Hinblick auf die am 1. Jänner 1987 in Kraft tretende Neuregelung der Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit nicht mehr als eigene Ausbildungsstation vorgesehen. Die Ausbildung in Arbeits- und Sozialrechtssachen soll im Rahmen der Ausbildung beim Gerichtshof erster Instanz erfolgen. Im Hinblick auf die Errichtung eines eigenen "Arbeits- und Sozialgerichtes Wien" (§ 2 Abs. 2 Arbeits- und Sozialgerichtsgesetz - ASGG) und die Festsetzung des Arbeits- und Sozialrechtes als Prüfungsgegenstand bei der Richteramtprüfung erscheint diese Lösung als nicht ausreichend. Es wird angeregt, eine Mindestdauer der Ausbildung in Arbeits- und Sozialrechtssachen im Rahmen der Ausbildungsdienstleistung beim Gerichtshof erster Instanz ausdrücklich festzusetzen (§ 9 Abs. 4 des Entwurfes).

Im § 16 Abs. 4 Z 1 des Entwurfes wird als Prüfungsgegenstand der mündlichen Prüfung "das Bürgerliche Recht einschließlich

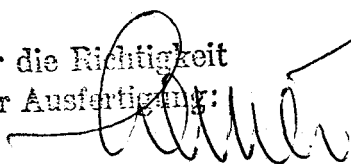
des Arbeits- und des Sozialrechtes sowie des Internationalen Privatrechtes;" angeführt. Da weder das Arbeitsrecht noch das Sozialrecht ein Bestandteil des Bürgerlichen Rechtes ist, wäre eine andere Formulierung (z.B. separate Anführung der aufgezählten Rechtsgebiete) angebracht.

Das Präsidium des Nationalrates wurde im Sinne des Rundschreibens des Bundeskanzleramtes vom 21. November 1961, Zl. 94.108-2a/61 und vom 24. Mai 1967, Zl. 12.396-2/67, in Kenntnis gesetzt.

Für den Bundesminister:

H o l y

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung:



Dem

Präsidium des Nationalrates

in WIEN, I.  
Parlament

mit Berichtigung aus dem Rundschreiben des Bundeskanzleramtes vom 21. November 1961, Zl. 94.108-2a/61, zur gefälligen Kenntnisnahme.

25 Stück Exemplare der ko. Stellungnahme liegen bei.

Für den Bundesminister:

Holy

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung:

